

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 7. JULI 2022



## ANFRAGE **POSITIVE ZWISCHENBILANZ ZUM PROGRAMM „LEBENDIGE QUARTIERE“**

**Den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven stärken – das ist das Ziel des Landesprogramms „Lebendige Quartiere“, das der Senat im September 2020 mit einem Volumen von zwei Millionen Euro im Jahr aufgelegt hat. Zum Stand der Umsetzung und einer möglichen Fortschreibung hatte die rot-grün-rote Koalition eine Große Anfrage an den Senat gerichtet. In der Debatte zu dessen Antwort heute in der Bürgerschaft sprach die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, von einem „bemerkenswerten und guten Programm“.**

Das Programm sei insbesondere deshalb so wichtig, weil es das Quartier als Bezugspunkt habe. „Das Quartier ist der Lebensraum von Menschen, der sich von Quartier zu Quartier ganz erheblich unterscheidet. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und die Ausdifferenzierung in unterschiedliche Milieus, Lebensstile, soziale Verhältnisse und Kulturen hat, verbunden mit der jeweiligen baulichen Struktur, zu sozialräumlichen Polarisierungen geführt, die eben sehr unterschiedliche Lebenswirklichkeiten Einzelner bedingen“, erklärte Pfeiffer. Deswegen sei gerade der Ansatz richtig, die jeweiligen Quartiere konkret ins Auge zu fassen und die dort vorhandenen Möglichkeiten, Stärken und Potenziale zu nutzen. „Deswegen ist dieser Fokus bei einem Landesprogramm goldrichtig“, so die Sozialdemokratin.

„Ein zweiter Punkt, der uns besonders wichtig war und ist: Wir nehmen mit diesem Landesprogramm Quartiere in den Blick, die bislang nicht Gegenstand unserer Aufmerksamkeit waren: die Kleinst-Quartiere und die Quartiere im Werden. Und das ist wirklich ein großer Fortschritt, denn bislang konnten wir bestimmte Quartiere nicht fördern, weil sie die statistisch relevante Zahl von 1.000 Einwohnern nicht erreichten. Das haben

wir mit dem Landesprogramm geändert – und das ist gut so“, betonte Pfeiffer. Auch die Quartiere im Werden in den Blick zu nehmen sei ein neuer und richtiger Ansatz. „Wir dürfen doch nicht abwarten, bis sich kleinere Problemlagen zu einem großen Problem anwachsen, bevor wir uns darum kümmern. Nein, der Ansatz, gleich beim Entstehen von Quartieren darauf zu achten, dass bestimmte Fehlentwicklungen gar nicht erst losgehen, ist der richtige Weg.“

Ein zentraler Baustein des Landesprogramms ist aus Pfeiffers Sicht zudem die strukturelle Förderung der Quartierszentren. Diese seien schon seit Langem Dreh- und Angelpunkte, regelrechte Anker in ihren Quartieren, die Finanzierung, maßgeblich über das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN), sei aber über Jahre fragil gewesen. Pfeiffer: „Dass wir sie nun über das Landesprogramm finanzieren konnten, hat daher einen doppelten Effekt: Wir sichern sie nun über das Landesprogramm zentral ab, können die WiN-Mittel um ihre Finanzierung entlasten und so den Weg frei machen für andere notwendige Projektförderungen in den Quartieren.“

Die Corona-Pandemie habe den Start des Programms zwar erschwert, doch sei

sie positiv überrascht gewesen, dass es dennoch so gut angelaufen sei. Die Zeit der Pandemie und die Umsetzung der Impfkampagne hätten zudem gezeigt, wie gut und schnell die Vernetzung der unterschiedlichen Akteur:innen in den Quartieren funktioniert habe. Dies, so Pfeiffer, wünsche sie sich auch für die Zukunft.

Auch in Bremerhaven, so berichtete die Sozialdemokratin, werde das Programm sehr gut angenommen. „Die Mittel ermöglichen auch hier Lücken zu schließen, Angebote und wichtige Treffpunkte abzuschließen und neue Impulse zu geben“, sagte sie und lobte insbesondere die Arbeit der Lenkungsgruppe, die kriterienbezogen entscheide, wo etwas unterstützt werde. Dass eines dieser Kriterien die Hebelwirkung der Maßnahmen sei, sei auch für Bremen ein überlegenswerter Ansatz.

„Ich finde, dass wir mit dem Landesprogramm einen wirklichen Schritt in eine gute Richtung vorangekommen sind“, sagte Pfeiffer abschließend. „Wir müssen schauen, dass wir dieses Programm auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen, denn erst dann wird es seine volle Wirkung entfalten, die es nun wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht zeigen konnte.“

FRAGESTUNDE **UMGANG MIT LIEFERKETTENPROBLEMEN IN BREMISCHEN HÄFEN**

Die internationalen Lieferketten sind schon seit einiger Zeit gestört. Dies hat auch Auswirkungen auf die bremischen Häfen. Welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bestehen, um die weiter anhaltenden Störungen in den Lieferketten zu reduzieren, welche Maßnahmen gegebenenfalls die Abläufe verbessern und wie bereits getroffene und zu treffende Maßnahmen so gebündelt und kommuniziert werden können, dass die Häfen in ihrer aktuellen Situation und langfristigen Perspektive gestärkt werden können – das wollte der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Zager, heute in der Fragestunde wissen.

„Die Störungen der internationalen Lieferketten sind ein seit etwas über einem Jahr ein mit hoher Intensität zu beobachtendes globales Problem. Ursächlich



Jörg Zager

dafür sind diverse Verzögerungen in den operativen Abläufen im See- und Landtransport und auch in den Häfen selbst, sodass Transport-, Umschlag- und Lagerkapazitäten in praktisch allen Bereichen der

Transportketten ausgelastet und zum Teil überbelastet sind“, antwortete Tim Cordßen-Ryglewski, Staatsrat für Häfen, für den Senat. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Corona-Pandemie, und hier insbesondere die „Null-Covid-Strategie“ Chinas, verschärften die Situation. „Insbesondere der zweimonatige Lockdown in Shanghai, dem größten Containerhafen weltweit, belastet die globalen Lieferketten. Seit Beginn des harten Lockdowns in Shanghai haben sich die dort im Stau festliegenden Containerschiffe nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft Kiel mit Stand 21. Juni auf 3,6 Prozent der weltweiten Containerstellplatzkapazitäten annähernd verdoppelt.“

Die Bremischen Häfen, so erklärte Cordßen-Ryglewski, seien in den vergangenen zwei Jahren dauerhaft voll einsatzfähig gewesen. „Erreicht wurde dies durch eine hohe Flexibilität und Einsatzbereitschaft der Hafenbeschäftigten sowie eine gute Zusammenarbeit der Hafenunternehmen untereinander und der jeweiligen Situation angemessenen Reaktion öffentlicher Akteurinnen und Akteure“, so der Staatsrat, der auf Nachfrage von Zager ausführte, es gebe einen durch das Häfenressort organisierten, kontinuierlichen Austausch, ergänzt um fallbezogene wei-

tere Besprechungen, wo diese notwendig seien.

Er führte weiter aus, dass die globale Containerschiffahrt ein hochkomplexes, aufeinander abgestimmtes System sei. Die bremischen Häfen bildeten hier einen kleinen Teil der globalen Versorgungsketten, in dem see- und landseitige Transportabschnitte miteinander verknüpft seien. „In der Vergangenheit konnten die bremischen Häfen Störungen, die aber nicht mit der derzeitigen globalen Situation vergleichbar sind, durch die hohe Flexibilität der Hafenunternehmen und deren Mitarbeitenden zumeist ausgleichen. Alle bremischen Akteur:innen agieren dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten“, sagte Cordßen-Ryglewski, der anfügte: „Mit der Weiterentwicklung des Bremischen Hafenkonzeptes wird der richtige Rahmen dafür geschaffen, die Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen gezielt weiterzuentwickeln. Den gerade gestarteten Prozess der Erstellung einer nationalen Hafenstrategie durch die Bundesregierung wird der Senat nutzen, um gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund die Bedeutung leistungsfähiger Häfen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik deutlich zu machen und die Hafenentwicklung auch als nationale Aufgabe zu stärken.“



## FRAGESTUNDE ZUKUNFT DER LLOYD-WERFT IN GEFAHR?

Wie ist der aktuelle Stand bei der Unternehmenskonzeption der Lloyd-Werft? Wie sehen Auslastung und Auftragslage aus? Und wie hat sich die Zahl der Beschäftigten bis jetzt entwickelt und wird dies voraussichtlich kurz- und mittelfristig tun? Das wollte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, heute in der Fragestunde wissen.

Für den Senat antwortete Wirtschaftsstaatsrat Sven Wiebe, dieser habe den Prozess des vorläufigen Insolvenzverfahrens der Lloyd-Werft intensiv und in enger und guter Zusammenarbeit mit den Insolvenzverwaltern begleitet. „Mit der Rücknahme des Insolvenzantrags und der Anteilsübernahme durch die neuen Gesellschafter der „Rönner und Zech Gruppe“ konnten sowohl der Erhalt und die Fortführung des Werftstandortes als auch die Sicherung aller Arbeits- und Ausbildungsplätze erreicht werden.



Volker Stahmann

Nach Auskunft der Geschäftsführung der Lloyd-Werft ist es auch unter den neuen Eigentümern das erklärte strategische Ziel der Lloyd-Werft, in ihren angestammten Marktsegmenten

ten Neubau, Umbau und Reparatur von Megayachten, Kreuzfahrtschiffen und sonstigen Prototypschiffen die Position als einer der führenden Anbieter in den nächsten Jahren langfristig zu sichern. Flankierend hierzu wird auch das Reparatur- und Umbaugeschäft für Handelsschiffe wieder verstärkt verfolgt“, so Wiebe weiter.

Das Land Bremen halte keine Gesellschafteranteile an der Lloyd-Werft, daher lägen ihm keine näheren Informationen zu Auslastung und Auftragslage vor. „Jedoch existiert nach Angaben der Werft seit Jahresbeginn 2022 eine spürbar hohe Nachfrage nach Werftkapazitäten im nordeuropäischen Raum. Seit Ende des ersten Quartals 2022 seien die Dockkapazitäten wieder gut und kontinuierlich ausgelastet“, erklärte Wiebe und führte außerdem aus, dass sich mit der Rücknahme des Insolvenzantrags und der Anteilsübernahme durch die neuen Gesellschafter die arbeits- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich nicht verändert hätten. Wiebe: „Nach aktueller Auskunft der Geschäftsführung ist die Zahl der Beschäftigten nach der Anteilsübernahme durch die neuen Gesellschafter in etwa konstant geblieben. Vakanzen werden bedarfsorientiert besetzt. Für das neue Ausbildungsjahr konnten fünf Stellen für Auszubildende besetzt werden.“

Stahmann hingegen fragte nach, ob dem Senat bekannt sei, dass es seit Jahresanfang 80 Kündigungen gegeben habe, die Werft nicht voll ausgelastet sei und es gerade in den vergangenen Wochen Arbeitsmangel gegeben habe. Wiebe musste einräumen, dass diese Informationen dort nicht in der Form bekannt seien. Stahmann wies zudem darauf hin, dass im Design-Zentrum von ehemals 60 Mitarbeiter:innen nur noch 27 übrig seien, weil der Rest gekündigt habe und dort keine neuen Aufträge mehr ausgeschrieben würden. Dies stelle, so betonte Stahmann, die Zukunft des Standortes vehement in Frage. Die sei bekannt, erklärte Wiebe, und auch er sehe hier großen Handlungsbedarf.

Abschließend sagte Stahmann, weiter in allen Marktsegmenten tätig sein zu wollen, sei aus seiner Sicht kein wirkliches Konzept für die Zukunft der Werft. Dadurch sei – zusammen mit dem Personalschwund im Design-Zentrum und der weiteren Personalfuktuation – die Zukunft des Standortes infrage gestellt. Wiebe teilte diese „zugespitzte Meinung“ nicht, betonte aber, die Lloyd-Werft sei ein wichtiges Unternehmen, dass eng durch den Senat begleitet werden müsse. Daher müssten nun auch diese Entwicklungen frühzeitig in den Blick genommen werden.

## ANFRAGE SCHWIMMKURSE IN DEN SCHULFERIEN

Wie vielen Schüler:innen der dritten und vierten Jahrgangsstufe haben das Angebot der Möglichkeit eines Schwimmkurses in den Sommerferien 2021 wahrgenommen und gibt es Überlegungen, diese auch in diesem Jahr anzubieten? Kennt der Senat eine Schwimmunterrichtsförderrichtlinie für pandemiebedingt erforderlichen Schwimmunterricht der 6. Jahrgangsstufe aus Mecklenburg-Vorpommern und wie bewertet er sie? Und sieht der Senat Möglichkeiten, analog dazu Mittel aus dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ einzuwerben und auch in Bremen in der 6. Klasse zusätzliche Schwimmförderung anzubieten? Das wollte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, heute in der Fragestunde wissen.

In Bremerhaven hätten 227 Kinder und in Bremen 484 Kinder an diesen Kursen teilgenommen, antwortete Bildungsstaatsrat Torsten Klieme für den Senat

und ergänzte: „Im Rahmen des Landesprogramms ‚Schüler:innen stärken‘ wird in der Stadtgemeinde Bremen das Ferienschwimmen bis Ende des Schuljahres 2022/2023 in allen Ferienzeiten – somit auch in den Sommerferien 2022 – außerhalb der Winterferien umgesetzt. In der Stadtgemeinde Bremerhaven erfolgt das Ferienschwimmen jeweils in den Sommerferien.“

Dem Senat sei die Richtlinie aus Mecklenburg-Vorpommern bekannt und er bewerte sie positiv, da sie insbesondere Nichtschwimmer:innen der Sekundarstufe I in den Blick nehme, so Klieme weiter.



Gönül Bredehorst

„Im Land Bremen ermöglicht seit Herbst 2021 das Landesprogramm ‚Schüler:innen stärken‘ Schüler:innen des fünften und sechsten Jahrgangs ohne Schwimmfähigkeit, schwimmen zu lernen. Die Schulen konnten und können dafür einen Antrag stellen. So ist es im ersten Halbjahr des laufenden Schuljahres gelungen, sowohl eine schwimmende Klassenfahrt als auch wöchentliches Schwimmtraining für Oberschulen umzusetzen.“

Bereits seit Herbst würden Mittel aus dem Bundesprogramm, respektive dem Landesprogramm „Schüler:innen stärken“ für zusätzliches Schwimmtraining von Schüler:innen des fünften und sechsten Jahrgangs aufgewandt. Dies werde bis zum Ende des Schuljahres 2022/23 auch weiterhin erfolgen, sagte Klieme abschließend und sagte auf Bredehorsts Nachfrage hin zu, in der Dezembersitzung der Deputation für Kinder und Bildung einen Bericht vorzulegen, wie viele Kinder in Bremen und Bremerhaven in diesem Jahr die Angebote des Ferienschwimmens wahrgenommen hätten.